

# 1 **R1: Bildungsziel: Unmündigkeit**

2 **Antragsstellend:** Landesvorstand

3

4 Der Rechtspopulismus<sup>1</sup> ist verstärkt zurück in den Köpfen und zieht in die Parlamente ein. Ein  
5 Grund: Das Bildungssystem versagt!

6

7 Gerade einmal 17 Minuten pro Woche verbleiben in Nordrhein-Westfalen durchschnittlich für  
8 politische Themen<sup>2</sup>, obwohl Schüler\*innen laut Schulgesetz befähigt werden sollen, am  
9 politischen Leben teilzunehmen<sup>3</sup>. Kein Wunder, dass die Bildung politischer Meinungen hinten  
10 überfällt und differenzierte Positionen von den Bildschirmen der konzeptlos digitalisierten  
11 Schulen verschwinden. Verzerrte Berichterstattung oder Meinungsbeiträge werden teilweise  
12 unreflektiert übernommen, weil der Überfluss an Beiträgen insbesondere in sozialen  
13 Netzwerken überfordernd sein kann. Die Schule bereitet auf diesen Informationsstrom nicht  
14 vor und so ertrinken Schüler\*innen teilweise hilflos in diesem Fluss.

15

16 Landesregierungen haben keinerlei Ambitionen, Schüler\*innen auf ihrem Weg zu mündigen  
17 Bürger\*innen zu unterstützen. Das Schulsystem wird immer weiter zu einer Produktion von  
18 systemkonformen Mitläufer\*innen umgebaut und wir schauen dabei zu. Wie sollen Menschen  
19 sich in einem demokratischen System zurechtfinden, wenn ihnen in der Schule jegliches  
20 demokratisches Denken ausgetrieben wird und sogar der Toilettengang gewährt werden  
21 muss? Wenn SV-Strukturen nur sehr begrenzte Möglichkeiten haben, ihre Schulen aktiv  
22 mitzugestalten, und Schüler\*innen immer stärker im politischen Handeln und politisch aktiv  
23 Sein gehindert werden? Sei es die Schulkonferenz, die zu einem Drittel aus Menschen besteht,  
24 deren eigene Schulzeit Jahre zurück liegt, oder das Streikverbot für Schüler\*innen, wodurch  
25 wirkliche Einflussnahme nicht möglich ist. Aber auch der ursprüngliche Plan zur Streichung  
26 des Fachs SoWi zeigt, welche Linie gefahren werden soll. Schule produziert durch ihre Struktur  
27 Mitläufer\*innen, denen kritisches Denken größtenteils fehlt. Es werden unmündige Menschen  
28 erzogen, die kaum eigene Meinungen bilden und somit enorm anfällig für rechtspopulistische  
29 Meinungsmache sind.

30 In einer Welt, in der Menschen über soziale Medien permanent mit populistischer  
31 Meinungsvermittlung in Kontakt kommen, fördert das Bildungssystem die Entstehung der  
32 nächsten Autokratie!

33

## 34 **Rechtsruck in der Parteienlandschaft**

35 Während sich die Partei "DIE LINKE" als scheinbar einzige progressiv-soziale Opposition auf  
36 Bundesebene weiter selbst zerfleischt und aufgrund von parteiinternen Konflikten ihrer  
37 Oppositionsarbeit nicht nachkommt, gewinnen national-konservative Parteien wie die CDU,  
38 aber auch extrem rechte Parteien wie die AFD an Zustimmung für meist populistisch  
39 begründete Positionen.

40

41 Sei es die Kampagne gegen das Bürger\*innengeld<sup>4</sup>, der vermeintliche "Sozialtourismus"<sup>5</sup> von  
42 ukrainischen Geflüchteten oder der Umgang mit Gendern<sup>6</sup>. Insbesondere seit Merz und  
43 Söder mehr und mehr an Macht innerhalb der Partei gewonnen haben, geht es für die CDU  
44 zurück in die Neunziger und damit noch weiter nach rechts. Und auch das

---

<sup>1</sup> Meist nicht faktenbasierte Meinungsvermittlung, welche vermeintliche Interessen der arbeitenden Bevölkerung vertritt und behauptet, Politik in ihrem Interesse machen zu wollen. Durch Abgrenzung von politischen Gegner\*innen und/oder einzelnen Gruppen wird diese Ablehnung deutlich. Außerdem findet eine ständige Stimmungsmache gegen Feindbilder in Form von gezielten rhetorischen Angriffen statt.

<sup>2</sup> Gökbudak M., Hedtke R.: 17 Minuten Politik, 20 Sekunden Redezeit. Social Science Education Working Papers. <https://pub.uni-bielefeld.de/publication/2915174>

<sup>3</sup> vgl. Schulgesetz §2 Absatz 4

<sup>4</sup> <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/buergergeld-arbeit-rechenbeispiele-100.html>

<sup>5</sup> <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/merz-sozialtourismus-101.html>

<sup>6</sup> <https://www.news4teachers.de/2022/11/cdu-und-afd-setzen-gemeinsam-gender-verbot-durch-gew-schlag-ins-gesicht/>

45 Abstimmungsverhalten in Ländern und Kommunen<sup>7</sup> zeigt, dass die CDU sich nicht scheut,  
46 mit Rechten zusammenzuarbeiten.

47

48 Die sich selbst als Freie Demokraten bezeichnende FDP, greift die populistischen Narrative  
49 der Union und AfD häufig auf, um sich neue Wählergruppen zu erschließen.

50 So beschloss die FDP im Landkreis Meißen gemeinsam mit NPD, AfD und CDU eine  
51 Resolution, welche die Abschiebung und Umverteilung von Geflüchteten vorsieht. Diese  
52 Zusammenarbeit im Oktober 2022 war nicht der erste Tabubruch dieser Art.

53 Der Thüringer FDP-Spitzenkandidat Thomas Kemmerich, der durch die AfD zum  
54 Ministerpräsidenten Thüringens gewählt wurde und die Wahl annahm, hat sich erst zum  
55 Rücktritt entschieden, nach Intervention der Bundespartei.

56

57 Linke politische Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit werden von Populisten  
58 aufgegriffen, "auf rechts gedreht" und schaffen es so beispielsweise auf Montagsdemos,  
59 durch Spaltung eine vermeintliche gesellschaftliche Stärke aufzubauen. Aber vor steigenden  
60 Kosten kann man sich nur mit Solidarität schützen - nicht mit Rassismus und Nationalismus.

61

62 Die vermeintlich progressiv-sozialen Parteien SPD und B90/Die Grünen rücken, sobald sie in  
63 Regierungsverantwortung kommen, schnell von ihren Grundpositionen ab. So fordern Die  
64 Grünen permanent Klimaschutz, tragen aber in NRW die Abbaggerung Lützeraths mit und  
65 lassen die Atomkraftwerke weiterlaufen, auch wenn dies vermeidbar und nicht nötig wäre.

66 Die SPD, welche noch immer in vielen Köpfen die Partei für die Arbeiter\*innen ist, verändert  
67 das dringend reformbedürftige Hartz IV, trotz zentraler Forderungen im Wahlkampf, kaum  
68 und lässt die Menschen mit den enorm gestiegenen Preisen im Stich<sup>8</sup>.

69

## 70 **Rechtsextremismus in Behörden - "Wir sind das Volk"**

71 Wie bekämpft man eigentlich rechtsextremes Denken und Handeln, wenn die Strukturen, die  
72 dagegen vorgehen sollen, selbst mit Rechtsextremismus in den eigenen Reihen ringen?  
73 In den Behörden des Staates hört man immer wieder von Fällen rechtsextremistischen  
74 Denkens und Handelns.

75

76 Sowohl bei der Polizei, als auch bei der Bundeswehr, wo in der Vergangenheit häufiger  
77 rassistische Chat-Gruppen bekannt wurden, wird deutlich, dass extremes rechtes Denken  
78 unter den Beamt\*innen und Soldat\*innen offenbar weit verbreitet ist.

79 Bei der Polizei zeigen der Fall des 16-jährigen Mouhamed Lamine Dramé, der von der  
80 Polizei während eines Einsatzes erschossen wurde, und der Fall von Oury Jalloh, welcher in  
81 Polizeigewahrsam gefesselt verbrannte, dass dieses Denken auch ein Handeln zur Folge  
82 hat.

83 Auch der Verfassungsschutz, die Behörde, die nach dem Endes des Zweiten Weltkrieges von  
84 "geläuterten" Nazis aufgebaut wurde, ist kein unbeschriebenes Blatt, wenn es um  
85 rassistisches Denken und Handeln geht. Der NSU-Komplex zeigt als prominentester Fall  
86 beispielhaft, wie diese Behörde vorgeht und dass ihr Versagen keine Konsequenzen hat.

87 Bei Betrachtung der Bundeswehr, wo Soldat\*innen sich bereits mehrfach Gruppierungen mit  
88 Umsturz-Vorstellungen anschlossen und Waffen für einen unbestimmten "Tag X" horteten,  
89 werden ähnliche Denkweisen sichtbar.

---

<sup>7</sup> <https://www.rnd.de/politik/cdu-afd-zusammenarbeit-in-bautzen-bringt-partei-in-bredouille-MOYH55M6RDAZD20XBDFIBDLTY.html>

<sup>8</sup> <https://www.volksverpetzer.de/hintergrund/die-brandmauer-der-cdu-nach-rechtsbroeckelt-vor-allem-in-sachsen/>  
<https://www.kreis-meissen.de/Kurzmen%C3%BC/Startseite/Kreistag-Mei%C3%9Fen-verabschiedet-Resolution-zur-finanziellenSituation.php?object=tx,3697.5.1&ModID=7&FID=3697.14138.1>  
<https://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/fdp/273481/dieprogrammatische-der-fdp/>  
<https://www.sueddeutsche.de/politik/thueringen-kemmerich-afd-1.5196407>

90  
91 Selbst in Schulen lässt sich rechtes Gedankengut wiederfinden. Faschisten wie Bernd Höcke  
92 unterrichten Schüler\*innen in Geschichte und erklären, wie unwichtig die NS-Zeit war. Nur  
93 selten führt solches Verhalten zu einer Entlassung. Obwohl Höcke gerichtlich bestätigt als  
94 Faschist bezeichnet werden darf, bleibt er ein für sein Mandat im Landtag beurlaubter  
95 Beamter, so dass keine dienstrechtlichen Zugriffsmöglichkeiten bestehen.

96  
97 Immer mehr Fälle zeigen, dass man sich im Kampf gegen Rechtsextremismus nicht auf die  
98 Behörden und den Staat verlassen kann. Seien es die oben angesprochenen Fälle in  
99 Bundeswehr, Verfassungsschutz und der Polizei, die Fälle von Faschisten in Schulen oder  
100 auch eine immer stärkere rechte Szene auf den Straßen. Nicht nur, um Rechten nicht die  
101 Straße zu überlassen, brauchen wir stärkeres antifaschistisches Engagement.

102  
103 Extreme Rechte sind ein enormes Problem für die Demokratie und es gilt, diese mit  
104 schärfsten Mitteln zu bekämpfen. Eine starke antifaschistische Szene muss die Gesellschaft  
105 aufrütteln und immer wieder die Problematik in die Köpfe bringen. Bürger\*innen müssen sich  
106 aktiv gegen rechte Kräfte stellen. Rechte dürfen gesellschaftliche Ängste nicht aufgreifen  
107 können, um diese für sich zu missbrauchen. Als Gesellschaft ist es unsere wichtigste  
108 Aufgabe, die Demokratie zu wahren. "Wir sind das Volk", eine Demokratie und das soll auch  
109 so bleiben.

110  
111 Die Debatte nach der Silvesternacht macht deutlich, dass hier ein weiter Weg vor uns liegt,  
112 denn Ausschreitungen mit einer regulierten Migrationspolitik bekämpfen zu wollen, ist schon  
113 vom Konzept rassistisch und dient lediglich dazu, nicht über Sozialpolitik, (Jugend-)  
114 Arbeitslosigkeit und Armut sprechen zu müssen. In einer Demokratie darf kein Platz für  
115 antidemokratische Kräfte sein!

116

## 117 **Aber was ist mit "Linksextremismus"?**

118 Fast keine Diskussion kommt mehr ohne diese Frage aus. Spricht man von einem Erstarren  
119 rechter Gruppierungen gibt es immer regressive Kräfte, die Rechts- mit Linksextremismus  
120 gleichsetzen wollen. Diesem Extremismusbegriff zugrundeliegend ist die sogenannte  
121 „Hufeisen-Theorie“, welche immer noch im Unterricht gelehrt und von einigen Lehrkräften  
122 vertreten wird.

123 Sie geht davon aus, dass es eine "gute" demokratische Mitte gäbe, die von rechts und links  
124 durch extremistische Ränder bekämpft werden würde und die es zu schützen gälte. Damit  
125 werden nicht nur rechte Gewalt und mit ihr die über 200 Todesopfer rechter Gewalt seit 1990  
126 (<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/rassismus/todesopfer-rechter-gewalt/>) durch die  
127 Gleichsetzung relativiert, sondern auch suggeriert, dass es so etwas wie eine  
128 „demokratische Mitte“ gäbe. Wenn wir uns allerdings anschauen, wie die „Parteien der Mitte“  
129 Demokratieabbau vom Feinsten betreiben wie bspw. das neue Versammlungsgesetz in  
130 NRW zeigt, rassistische und antisemitische Einstellungen und Stereotypen reproduzieren,  
131 was nicht erst durch Diskussionen über "Migrationsquoten" oder "kontrollierbare Integration"  
132 deutlich geworden ist, Proteste wie die letzte Generation, zuletzt in Lützerath oder  
133 antifaschistischen Widerstand kriminalisieren und gegen Menschenrechte verstoßen, gerät  
134 dieses Bild schnell ins Wanken.

135 Auch berufen sich Kritiker\*innen immer wieder auf die "freiheitlich-demokratische  
136 Grundordnung" (FDGO). Beamt\*innen bekennen sich bei ihrer Vereidigung auf jene und  
137 gemessen an ihr gelten Meinungen als demokratisch oder undemokratisch -  
138 zusammengefasst, sie gilt als Synonym für Demokratie.

139 Komisch nur, dass der Begriff in der Verfassung gar nicht näher definiert ist (Art. 18, Art.  
140 21(2) GG). Definiert wurde er erst in Gerichtsverfahren zu Parteiverboten in den fünfziger  
141 Jahren. Zur FDGO wurden 8 Prinzipien erklärt, die angeblich das „Wesen der Demokratie“  
142 beschreiben. Auffällig ist dabei, dass die Menschenrechte zum Beispiel nur sehr vage

143 erwähnt werden und sich die Prinzipien hauptsächlich auf Institutionen und den Aufbau des  
144 Staates beziehen. Demokratie als eine Lebensweise sowie als sozialer und politischer  
145 Kampf, der oftmals auch gegen den Staat stattfinden musste und weiterhin muss, taucht hier  
146 nicht auf. Beispiele für diesen notwendigen Kampf gegen den Staat gibt es viele. Große  
147 Errungenschaften der Demokratie, die heutzutage nicht mehr wegzudenken sind, mussten  
148 vorher erkämpft werden. Sei es das Frauenwahlrecht, gleichgeschlechtliche Beziehungen  
149 und Ehe oder das Streikrecht - ginge es nach dem Staat, wären diese Erfolge nie erreicht  
150 worden.

151 Die „Hufeisen-Theorie“ und der mit ihr einhergehende Extremismusbegriff wurden bereits in  
152 zahllosen Publikationen wissenschaftlich eindeutig widerlegt  
153 (<https://www.freitag.de/autoren/christoph-butterwegge/mittlere-irrtumer>). Als solche muss  
154 sich auch Schule dem wissenschaftlichen Diskurs anpassen und "Theorien" wie die  
155 "Hufeisentheorie", entlarven und als das darstellen, was sie sind - ein Kampfmittel gegen  
156 Linke und die Arbeiter\*innenbewegung, um notwendige Aktionen gegen Rechtsextremismus  
157 zu kriminalisieren.

## 158 Das ist (k)eine “Sache für Profis”

159 Oft wird die junge Generation als politikverdrossen abgestempelt. Ob es sich nicht eher um eine  
160 Parteienverdrossenheit handelt, ließe sich diskutieren. Aber selbst wenn man von einer  
161 Politikverdrossenheit ausgeht: Kein Wunder, wenn ihnen keine Möglichkeit gegeben wird, sich eine  
162 Meinung zu bilden. Wenn beispielsweise die meisten Punkte in Klausuren durch das Aufzählen von  
163 Fakten und das Wiedergeben von auswendig gelerntem Wissen erzielt werden.  
164 Um sich politisieren zu können, müssen Schüler\*innen raus aus der Schule. Wenn  
165 Schüler\*innen nicht gerade in politischen Organisationen aktiv werden und sich beteiligen, ist  
166 es schwer, in Kontakt mit Politik zu kommen. Politik darf kein exotisches Gut werden, um das  
167 man kämpfen muss. Menschen sollten bereits früh mit Fakten und Themen konfrontiert  
168 werden und ihnen sollten Handlungsmöglichkeiten mit an die Hand gegeben werden und sie  
169 sollten lernen, diese selbst zu entwickeln.

170  
171 Junge Menschen müssen in den politischen Diskurs stärker eingebunden werden. Dazu  
172 gehört auch, seiner Stimme Gehör zu verschaffen. Abgeschottet im Klassenzimmer werden  
173 die Interessen von jungen Menschen in den Parlamenten niemals ankommen und sie  
174 werden sich auch niemals weiter entwickeln können. Daher ist es wichtig, dass es zu einem  
175 Bestandteil des Schulalltags wird, dass Schüler\*innen aktiv mitgestalten können und nicht in  
176 einem pseudo-demokratischen System Schule aufwachsen. Des Weiteren muss  
177 Schüler\*innen durch ein Streikrecht die Möglichkeit gegeben werden, ihren Forderungen  
178 öffentlichkeitswirksam Druck zu verleihen und Gehör zu verschaffen.

179

## 180 Für Demokratie kämpfen

181 Anschließend ist klar: Wenn wir nicht gegen rechte Strukturen vorgehen, gefährden wir  
182 unsere Zukunft wie auch Gegenwart! Dies ist keine vertretbare Lebenseinstellung, unsere  
183 Gesellschaft sollte diese nicht anstreben. Deswegen müssen wir faschistische Strukturen  
184 bekämpfen & ihnen die Grenzen aufzeigen! "Wer gegen die Nazis kämpft, der kann sich auf  
185 den Staat nicht verlassen" (Esther Bejarano, Auschwitzüberlebende) Das macht es umso  
186 wichtiger, dass Bürger\*innen von Beginn an ein Verständnis von politischer Meinungsbildung  
187 haben. Schule muss wieder dem Bildungsauftrag nachkommen & Schüler\*innen politisch  
188 bilden, um eine mündige Gesellschaft zu formen. Nur so können wir unsere Gesellschaft  
189 stark und wehrhaft gestalten!

190 Nur so können wir Demokratie stark und wehrhaft gestalten!

191

192

193

194 **Begründung:**

195 Diese Bestandsaufnahme in Form einer Resolution soll auf aktuelle Missstände im  
196 Bildungssystem, in Bezug auf politische Mündigkeit aufmerksam machen. Sie soll die  
197 Interessen der Schüler\*innenschaft widerspiegeln und dem LaVo als  
198 Argumentationsgrundlage gegenüber Politik und Medien dienen.

199 Der LaVo hat diese Resolution erarbeitet, um in der Antragsdebatte an die  
200 stattfindenden Workshops ein Stück weit anschließen zu können und ihm somit ein  
201 Ergebnis zu geben. Der LaVo sieht Rechtspopulismus als einen Weg in Richtung  
202 nationalistischer Autokratien und hält es entsprechend für wichtig, im Kontext einer  
203 LDK mit dem Themenschwerpunkt "Nie wieder Faschismus" auch über  
204 Rechtspopulismus zu debattieren.

205 Weitere Begründung erfolgt mündlich.